

24.11.2017

## Etatrede zum Haushaltsplan 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße auch die Presse und die Damen und Herren im Zuschauerraum.

In einem demokratischen Gemeinwesen ist kein Thema es wert, über den Streit und die Vertretung partikularer Interessen - mögen sie noch so populistisch sein - das Gemeinsame in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir sitzen hier im Rat der Wallfahrtsstadt Werl als gewählte Volksvertreter unserer Bürgerinnen und Bürger und sind zusammen mit der Verwaltung als kommunales Kollegialorgan Teil der Exekutive. Auch wenn das einige wenige Kollegen immer noch nicht verstanden haben: eine Opposition ist auf dieser kommunalen Ebene nicht vorgesehen. Aus diesem Grund sind und bleiben wir als Rat in erster Linie die politische Vertretung der Werler Bürgerschaft und sind kein Parlament.

Was aber sehr wohl sein darf und sein muss, ist, dass demokratische Prozesse und Debatten hier im Hause sichtbar gemacht werden. Da darf Streit nicht nur sein, den müssen wir führen, und den müssen wir aushalten, in letzter Zeit vielfach auch ertragen. Demokratischer Streit ist notwendig, aber es ist ein Streit nach Regeln, und es ist mit der Bereitschaft verbunden, die demokratischen Verfahren zu achten und die dann und so zustande gekommenen Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren und nicht zu denunzieren.

Das ist für mich demokratische Kultur!

Und da kommt es ganz wesentlich auch auf den Stil an!

Ich komme nun zu den kommunalen Angelegenheiten.

Die Wallfahrtsstadt Werl legt mit dem heutigen Haushaltsplanentwurf wieder einen ausgeglichenen Jahresabschluss für 2018 vor und setzt damit die Umsetzung des Haushaltssanierungsplans (HSP) erfolgreich fort.

Sowohl die Teilnahme am Stärkungspakt als auch die Zielerreichung stellen Pflichtleistungen für unsere Kommune dar, die noch bis zum Jahre 2021 anhalten werden.

Die über das Spardiktat erzielten kleinen finanziellen Spielräume im städtischen Haushalt sollten aus meiner Sicht gezielt reinvestiert werden. Hier gilt es ganz besonders gegen die Leerstände in der Innenstadt vorzugehen und den Zustand des städtischen Straßennetzes und der öffentlichen Sportstätten zu verbessern. Die FDP schlägt hier eine jährliche Dynamisierung bei der Förderung der

Sportvereine und der investiven Sportpauschale in Höhe von 1,5 % vor. Das wäre eine angemessene Maßnahme mit einer positiven Außenwirkung.

Die FDP wird - wie in den vergangenen Jahren auch - die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für 2018 ablehnen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die HSP-Vorgaben auch mit einem Grundsteuer B – Hebesatz unter 700 Prozentpunkten erfüllt werden können.

Wie Sie alle wissen, plant der Kreis für 2018 eine Erhöhung bei der Jugendamtsumlage in Höhe von 2 Mio. € auf insgesamt 42 Mio. €.

In der Stellungnahme der Städte und Gemeinden im Kreis Soest wird zu Recht auf die Änderungen beim Unterhaltsvorschussgesetz hingewiesen, die eine höhere Kostenerstattung durch das Land vorsieht. Diese Möglichkeit ist offensichtlich noch nicht bei der Umlageberechnung berücksichtigt worden.

Zu allen weiteren haushaltsrelevanten Plandaten für 2018 gibt es keine Einwände. Insbesondere die veranschlagten investiven Finanzmittel für die energetische Schulsanierung am MG sind in der Höhe angemessen und dringend erforderlich. Vielleicht lässt sich in diesem Zusammenhang auch das Hygieneproblem in den Toiletten lösen, wo es seit längerem keine Möglichkeit gibt, sich die Hände abzutrocknen. Eine Stellungnahme der Verwaltung habe ich bis heute noch nicht erhalten.

Ich wünsche uns allen eine besinnliche und friedliche Advents- und Weihnachtszeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Dörrer

(„Es gilt das gesprochene Wort!“)